

### „Der ‚Westen‘ und Russland – Partner auf dünnem Eis“ 10. Nürnberger Sicherheitstagung 2009 mit hochkarätigen Rednern

Nürnberg. (frr) Es gab eine Zeit, da schaute man im Westen fast mitleidig auf das, was im Kernland des Sowjet-Imperiums übrig geblieben war: ein Russland im Niedergang. Quasi in Windeseile stieß der Westen seit den 1990er Jahren in das Machtvakuum vor. Deutschland vereinigte sich, es lösten sich die ehemaligen Satellitenstaaten vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer aus Moskaus Griff, flüchteten sich in NATO und EU und reduzierten Russlands Gebiet drastisch. Zumal auch an den Südgrenzen zur Ukraine, zu Georgien und den islamischen Teilvölkern Russland mehr oder weniger deutlich hinauskomplimentiert oder fanatisch bekämpft wurde. Die ehemals Rote Armee drohte in verkrusteten Strukturen, in Korruption und Ohnmacht als Machtinstrument zu verkümmern.

Allein, dem Westen brachte das denkwürdige Jahr 1989 keinen wirklichen Machtzuwachs. Seit Putin ist Russland wieder erwacht, seine Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz von 2007 ist noch nicht verklungen. Er fordert für sein Land einen Platz unter den Großmächten zurück und hat auch die passenden Mittel dazu, um dies durchzusetzen: Noch ist Russland die zweite große Atommacht, noch sitzt der russische Vertreter im Sicherheitsrat der VN, noch verfügt das Land über riesige Bodenschätze, die sich als Druckmittel gegen aufmüpfige Nachbarn wie die Ukraine einsetzen und die Westeuropäer erschauern lassen, wenn sie denken, was auch ihnen blühen könnte. Russlands Streitkräfte werden modernisiert und sind wieder erstarkt. Demokratische Strukturen, wie sie Boris Jelzin einzuführen versuchte, wurden sukzessive zurückgenommen, was das Land zweifellos innerlich stabilisierte, aber Russland als östlichen Nachbarn der EU und Geschäftspartner schwierig, um nicht zu sagen, unheimlich machte.

Für den Politexperten Jörn Brauns, einst an der Universität der Bundeswehr München tätig, ein Kenner der Verhältnisse in Russland und der Geschichte des Landes, kommt dies nicht unerwartet, wie er in einem bemerkenswerten Vortrag im April in Bad Kissingen ausführte. Er sieht darin das Weiterwirken einer Haltung, die in 70 Jahren Sowjetherrschaft den Geist des Landes und seiner Führungsschicht geprägt



*Michail Kasjanow, Russlands ehemaliger Ministerpräsident, war der interessanteste Redner bei der Nürnberger Sicherheitstagung. Sein Vortrag wurde mit viel Spannung erwartet.*

hatte. Dass Russland heute wieder autokratisch regiert wird, ist für Brauns nicht ein Rückfall in alte autoritäre Strukturen, sondern ein ungebrochenes Weiterleben diktaturverdächtigen Machtdenkens in den Köpfen der ehemaligen, nun wieder herrschenden Nomenklatura.

Mit diesem Russland also wollte sich die Nürnberger Sicherheitskonferenz auseinandersetzen und hatte dazu namhafte Experten eingeladen. Diese waren Österreichs ehemaliger Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, der Staatssekretär a.D. Wolfgang Ischinger, der Redakteur der Süddeutschen Zeitung Stefan Kornelius, die Professoren Lothar Rühl und Heiner Flassbeck, der ehemalige russische Premierminister Michail Kasjanow und Alexander Graf Lambsdorff (MdEP).

Bis auf letzteren waren auch alle gekommen, so dass das vorgesehene Programm unter der Moderation von Hildebrecht Braun (MdB a.D.) und dem Generalleutnant der Bundeswehr a.D. Edgar Trost weitgehend durchgeführt werden konnte. Dazu trug auch der gut organisierte äußere Rahmen in den Räumlichkeiten des Nürnberger Presseclubs bei.

**Inhaltsverzeichnis  
auf Seite 2!**

#### *Einmal laut gedacht ...*

#### **Nürnbergers Konkurrenz für München**

Mit sichtlichem Stolz verkündete Moderator Hildebrecht Braun bei der 10. Nürnberger Sicherheitskonferenz, erstmals habe es so viele Anmeldungen gegeben, dass nicht alle angenommen werden konnten. Braun sah seine Veranstaltung in Konkurrenz zur Münchner Sicherheitskonferenz. Besondere Genugtuung bereitete ihm darum, dass deren Leiter Wolfgang Ischinger sich selbst zu einem Vortrag bereit erklärt hatte.

Themenwahl und Auswahl der Referenten waren bedeutsam. Wurden die Erwartungen erfüllt? Ja, mit dem Aber allerdings, dass sich die Einzelthemen immer wieder um dieselben Aspekte drehten. Wohltuend war darum der thematische Blickwechsel von Professor Flassbeck auf die Ursachen und Auswirkungen der globalen Finanzkrise.

Um Russland als Partner des Westens zu verstehen, wäre es gut gewesen, etwas über die russische Geschichte des 20. Jahrhunderts zu hören, und da wären auch die Gräueltaten der Stalinzeit anzusprechen gewesen und wie diese seither im Lande von Wladimir Putin aufgearbeitet wurden (oder besser: wie nicht?). Hier wurde eine Gelegenheit vertan zu erinnern, dass das 20. Jahrhundert nicht nur wegen Faschismus und Nazismus ein furchtbares Jahrhundert war. Auch ein Einblick in den Alltag der russischen Bürger wäre interessant gewesen, dabei hätte man mehr über das autokratische Putin-System mit seinen Auswirkungen auf das tägliche Leben erfahren.

Aber das schien den Veranstaltern wohl nicht opportun. Denn der Tenor der ganzen Konferenz lief darauf hinaus, dass die Partnerschaft mit dem eurasischen Land unbedingt gesucht werden muss; dabei hätte ein allzu nachdrückliches Pochen auf die Einhaltung von Demokratie und Menschenrechten die russischen Empfindlichkeiten doch sehr gestört. Der einzige, der diesen Aspekt in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte, war der ehemalige russische Premierminister Michail Kasjanow. Und der wusste wohl am besten, wovon er sprach – und vor allem, warum er davon sprach.

Fred Rautenberg

**In dieser Ausgabe:**

„Der ‚Westen‘ und Russland – Partner auf dünnem Eis“ – 10. Nürnberger Sicherheitstagung 2009 mit hochkarätigen Rednern S. 1

*Einmal laut gedacht ...*  
Nürnbergers Konkurrenz für München (Kommentar) S. 1

Von Russland enttäuscht – das Land sich nicht selbst überlassen! Grußwort von StSekt Christian Schmidt S. 2

Die Träger der Sicherheitstagung Leitung und Moderation S. 2

Wolfgang Schüssel: „Russland wird keinen besseren Partner finden als die Europäer.“ S. 3

Wolfgang Ischinger: Mit der Politik des „Ja, aber ...“ auf Russland zugehen und Win-win-Situationen herbeiführen S. 4

Stehempfang der Stadt Nürnberg im Alten Rathaus S. 4

Stefan Kornelius: Russlands Angebot zu einer neuen Sicherheitsarchitektur annehmen S. 5

Michael Webb: Gemeinsame Politik der Europäer gegenüber Russland gefordert S. 5

Lothar Rühl: Russlands Geschichte beginnt nicht mit dem Jahr 1990 Und: „Wir werden von zu vielen Amateuren regiert!“ S. 6

Michail Kasjanow:  
Wenig Hoffnung auf eine demokratische Erneuerung in Russland S. 8

Heiner Flassbeck: Seit 30 Jahren herrscht das monetäre Chaos – Russland und die Welt-Finanzkrise S. 9

Hinweise zu den Referenten S. 10

Impressionen aus Nürnberg S. 10

Wer sind wir vom ASP? – Beitrittsformular – Impressum S. 11

**Von Russland enttäuscht – das Land sich nicht selbst überlassen!**

**Grußwort von Staatssekretär Christian Schmidt**



*Christian Schmidt ist auch der Landesvorsitzende des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CSU.*

In seinem Grußwort erinnerte Christian Schmidt, der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, an die Rede von Wladimir Putin bei der Münchener Sicherheitskonferenz 2007, bei der der russische Präsident sehr energisch die Rückkehr seines Landes zu den Großmächten angekündigt hatte. Bei dieser Rede hatte Putin auch die monopolare Weltmachtstellung der USA frostig in Frage gestellt. Schmidt spielte aber auch auf den Vorschlag von Präsident Medwedew und dessen Idee zu einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur an.

In diesem Zusammenhang und auf das Rahmen-thema der Nürnberger Konferenz eingehend warf der Verteidigungspolitiker eine lange Liste von Fragen zu unserem Verhältnis zu Russland auf. Russland als der „Antipode“ des Westens, auch heute noch zwischen vielen Stühlen sitzend? Wie fügt sich das wieder erstarkte Russland in ein multipolares Weltgefüge ein?

Wie positioniert es sich gegenüber Herausforderungen wie denen von Nordkorea oder dem Iran mit deren Atompolitik? Welcher Sinn soll in der Positionierung von Raketen im ehemaligen Ostpreußen sein? Wie werden sich die USA, die NATO, die EU und Russland bei der Frage der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen einbringen? Wie kalt werden der Friede und die Kooperation mit Russland sein, z. B. auch im Nahen Osten? Wie geht es mit Russland-Georgien weiter? Schmidt beantwortete summarisch seine Fragen: „Von einem *global player* erwartet man anderes, als in den letzten Jahren von Russland zu sehen war.“ Leicht seien die Probleme nicht zu lösen, sagte Schmidt. Aber es sei unmöglich, Russland sich selbst zu überlassen angesichts der offenen Probleme zwischen uns und diesem Land.



*Blick in den Marmorsaal des Nürnberger Pressclubs, wo die Veranstaltung stattfand. Zwischen den Moderatoren Michail Kasjanow*



*Im Foyer des Pressclubs. Bezirksvorsitzender Ulrich Bucher unterhält sich mit Dr. Gerd Hardegew vom ASP München.*

**Die Träger der Sicherheitstagung waren:**

- Clausewitz-Gesellschaft e.V.
- Deutscher Bundeswehrverband
- Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.
- Nürnberger Zeitung
- Thomas-Dehler-Stiftung
- Universität der Bundeswehr München
- Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
- Kooperationspartner:  
Arbeitskreis Bundeswehr und Wirtschaft Bayern
- Leitung und Moderation:  
Hildebrecht Braun, **MdB a.D.**  
Edgar Trost, **Generalleutnant a.D.**

*Das Tagungsgebäude am Gewerbemuseumsplatz in Nürnberg. Die Veranstaltung war verständlicherweise auch von vielen Soldaten der Bundeswehr besucht.*



## Wolfgang Schüssel: „Russland wird keinen besseren Partner finden als die Europäer.“

„Der ‚Westen‘ und Russland – Partner auf dünnem Eis“ – so wurde treffend das Rahmenthema der 10. Nürnberger Sicherheitskonferenz am 26. und 27. Juni formuliert. Es waren neun hochkarätige Referenten, die in diesem Rahmen versuchten, die Prinzipien und das Procedere des diplomatischen Umgangs mit Russland in der Gegenwart und nahen Zukunft abzustecken. Alle, vorneweg Österreichs ehemaliger Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, plädierten dafür, dass der Westen Einfluss nehmen muss auf Russland, obwohl – oder besser: weil die strategische Partnerschaft von 2003 mit Russland getrübt ist.

Schüssel erinnerte daran, welch denkwürdiges Jahr 1989 war, als der Ostblock zerbrach und Russland einen Tiefstand seiner Macht erlebte: 200. Jahrestag der Französischen Revolution; Lech Walesa führte Polen 1989 in die Demokratie; der Ungarnaufstand gegen die Sowjetmacht von 1956 wurde von der ungarischen KP neu bewertet; das Kosovo wurde unter Milosevic gedemütigt; im Juni dieses Jahres fand das Massaker auf dem Tiananmen-Platz in Beijing statt; im Juni öffnete sich auch der Eisernen Vorhang in Ungarn für die „Republikflüchtlinge“ aus der DDR; die Diktatoren Erich Honecker und Nicolae Ceaușescu traten zurück. Russland beobachtete diese Entwicklung mit Unbehagen, und ohne Michail Gorbatschow sei sie auch nicht möglich gewesen, sagte Schüssel. Gorbatschow fürchtete nämlich die Unwägbarkeiten eines militärischen Eingreifens.

Schüssel erkannte klar die Empfindlichkeiten der russischen Partner. „Drängt uns nicht weg von Europa!“, sagte Schüssel, Putin zitierend, und zitierte Putin weiter, der sagte, dass sich ein solcher Niedergang seines Landes nicht wiederholen dürfe. Im Mai 2003 kam es auch zu der Strategischen Partnerschaft der EU mit Russland, durch die Osterweiterung aber trübte sich das Verhältnis, Russland sah sich nicht mehr auf derselben Augenhöhe mit der EU. Nach Meinung des österreichischen Bundeskanzlers a.D. sieht Russland in der EU seine unmittelbare

Rivalin und suchte darum einen Spalt zwischen die Nationen der EU zu treiben.

So sei auch die OSZE in vielen Details in Frage gestellt. Die Anrainerstaaten an seinen Südgrenzen betrachtet

*Links: Wolfgang Schüssel im Gespräch mit dem ehemaligen russischen Premierminister Michail Kasjanow.*

*Rechts: Empfang der Stadt Nürnberg im Rathaus durch Bürgermeister Horst Förther*



*Freundlicherweise gewährte der österreichische Bundeskanzler a.D. Dr. Wolfgang Schüssel (links) dem Berichterstatter des ASP-Kuriers Fred Rautenberg ein gemeinsames Foto. Nach Meinung vieler Besucher der Tagung hielt Schüssel den unterhaltsamsten Vortrag, mit viel österreichischem Charme, zugleich auch ein intellektuelles Vergnügen.*

Russland als seine Einfluss-Sphäre. Mit der Kosovoregelung der Europäer und der NATO ist es nicht einverstanden. Die Raketenstationierungsfrage sei offen. Die Verhältnisse in Moldawien und Istrien seien ungeklärt. Wie also solle man mit einem wichtigen, aber schwierigen strategischen Partner wie Russland umgehen?

Schüssel fand Russlands Empfindlichkeiten zum Teil auch ärgerlich, weil das Land nicht weniger auf die EU angewiesen sei als umgekehrt. Wie im westlichen Europa geht auch in Russland das Bevölkerungswachstum zurück. Russlands Bruttosozialprodukt erlaube keine großen Sprünge, die Industrieanlagen seien größtenteils veraltet, die Industrie sei einseitig auf die Öl- und Gasproduktion ausgerichtet und die Atomtechnologie kämpfe mit großen Sicherheitsproblemen.

Daraus ließe sich nach Schüssel eine „große Agenda“ gestalten, auf deren Basis Russland und EU zusammenarbeiten könnten, vorausgesetzt, die Europäer wären sich einig. Er hoffe, dass Russlands Interesse an der EU nicht erlahmen wird. Denn sein Fazit lautete: „Russland wird keinen besseren Partner finden als die Europäer.“



**Wolfgang Ischinger, der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz und ehemalige deutsche Botschafter in London, ging als zweiter Redner auf die Frage ein, ob der Konflikt zwischen amerikanischen und russischen Sicherheitsinteressen zu Lasten der Europäer gehe.**

Er bejahte diese Frage und wies auf die Aufspaltung in ein „old“ und „new Europe“ hin als Folge der US-NATO-Politik gegenüber Russland. Parallel zur Erweiterung der NATO auf 28 Länder sei das Verhältnis zwischen NATO und russischer Föderation nicht konstruktiv genug fortentwickelt worden.

Die Russen zeigten sich vielmehr genervt von immer neuen amerikanischen Forderungen, vom Pochen auf die Spielregeln der Vereinten Nationen wegen des russischen Vorgehens in Georgien, genervt auch vom Vorgehen der USA im Irak und im Kosovo, aber auch von der moralischen Zwiespältigkeit der US-Politik. Diese Inkonsequenz nutzte Putin, um im Zusammenhang mit der Anerkennung von Abchasien und Südossetien als selbstständige Länder die Amerikaner mit ihren eigenen Argumenten zu schlagen.

George W. Bush hatte nach Ischingers Einschätzung die NATO-Erweiterung unverantwortlich weit vorangetrieben, als er Georgien die Aufnahme versprach. Was hätte das für uns bedeutet, wenn Georgien damals schon NATO-Mitglied gewesen wäre?! Wie sich das Verhältnis

## **Wolfgang Ischinger: Mit der Politik des „Ja, aber ...“ auf Russland zugehen und Win-win-Situationen herbeiführen**



*Wolfgang Ischinger auf dem Podium zwischen den Moderatoren Braun und Trost*

nun weiter entwickelt, ist nach Ischinger zur Zeit offen, obwohl die NATO-Vertreter einschließlich des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier am selben Tag bei der NATO-Russland-Konferenz in Korfu wieder Gesprächsbereitschaft zeigten. Wie soll aber das Problem der Raketenstationierung in Polen und Tschechien ohne Gesichtsverlust dieser beiden Länder gelöst werden, ohne sie „den Russen zum Fraß vorzuwerfen“?

Für Europa gab sich Ischinger überzeugt, dass es nichts zu fürchten hat, wenn es sich 2010 mit Russland an einen Tisch setzt und beide gemeinsam eine neue Sicherheitsarchitektur entwerfen. Die Notwendigkeit eines konstruktiven Verhältnisses zu Russland sei „evident und alternativlos“. Er plädierte für ein „Ja, aber ...“ an Russlands Präsident Medwedew. Das heißt, dass Europa den Russen auch einmal die Rote Karte zeigen sollte, z. B. wenn es um die Verschleppung von Gaslieferungen geht.

Europas Angebot sei aber: „Im Westen nichts Neues“, womit Ischinger sagen wollte, dass Russland in Ruhe seine Probleme ohne europäische Einmischung lösen kann. Dass die USA den Bau von Pipelines vorantreiben müsse nicht automatisch zum Schaden von Russland sein. Die zentrale Lehre der europäischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert sei, dass bei Veränderungen für alle Beteiligten eine „win-win-situation“ herbeigeführt werden muss und auch herbeigeführt werden kann. Das habe Russland noch nicht kapiert, und es sei unsere Aufgabe, dessen „altes Denken in Nullsummenspielen“ zu überwinden helfen. Dann gehe der Ausgleich zwischen den USA und Russland auch nicht mehr zu Lasten von Europa.

### **Stehempfang der Stadt Nürnberg im Alten Rathaus:**

Nicht nur der Rahmen überzeugte beim Empfang der Stadt Nürnberg, auch die Bewirtung war stilvoll und angemessen.



*Bild oben: Ulrich Bucher, Kreisvorsitzender des ASP Rhön-Grabfeld (inzwischen Bezirksvorsitzender des ASP Unterfranken) mit seiner Frau Heidi Bucher beim Empfang der Stadt Nürnberg im Gespräch mit einem Herrn aus Deutschland, der lupenreines Österreichisch sprach.*

*Rechts: Die Tagungsteilnehmer lauschen den Worten von Bürgermeister Horst Förther im Alten Rathaus.*



## **Stefan Kornelius:** **Russlands Angebot zu einer neuen Sicherheitsarchitektur annehmen**

Stefan Kornelius, leitender außenpolitischer Redakteur der Süddeutschen Zeitung, sah in der Georgienkrise im Herbst 2008 und Winter 2009 den Tiefpunkt der Beziehungen zwischen Russland und den USA.

Aber der Konflikt machte den realpolitischen, revisionistischen Anspruch der Russen auf territorialen Einfluss deutlich und sprach für das wieder erwachte Selbstbewusstsein des Landes. Daran sei aber auch die aggressive US-Politik des Präsidenten George W. Bush im Mittleren Osten schuld gewesen, der dabei auch seine moralische Überlegenheit verspielte. Damit stellt Russlands Politik für Kornelius die entscheidende Herausforderung für den Westen dar (und nicht die Konkurrenz aus China).

Dieser Herausforderung, so Kornelius, versucht der neue Präsident Obama gerecht zu werden, mit den Russen wieder ins Gespräch zu kommen und sich über gemeinsame strategische Interessen zu verständigen, etwa über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Rivalität zu China, den internationalen Terrorismus und Islamismus. Medwedews Angebot zu einer neuen Sicherheitsarchitektur sollte angenommen werden, meinte Kornelius.

Das größte Problem bleibt für ihn aber die Frage, ob Russland sich je in das westliche Staatensystem einordnen lässt – eine Skepsis, die u. a. auch von Samuel P. Huntington in seiner Studie „The Clash of Civilizations“ geteilt wird. Huntington begründet



*Stefan Kornelius leitet seit Oktober 2000 das außenpolitische Ressort der Süddeutschen Zeitung. Der studierte Politikwissenschaftler, Historiker und Staatsrechtler besuchte nach seinen Studien die Henry-Nannen-Journalistenschule.*

dies damit, dass Russland historisch als ein vom westlichen Europa unterschiedlich gewachsener Kulturkreis anzusehen ist.

**Michael Webb vom EU-Kommissariat für Außenpolitik sprach sich für eine nüchterne Einstellung zu Russland und eine umfassende Zusammenarbeit aus:** „Deal with Russia as it is, not as we'd like to have it!“ Was aber nicht heißen soll, dass Europa sich nicht gegen Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen demokratische Regeln aussprechen sollte. Am wichtigsten sei dabei, dass Europa mit einer Stimme spricht, wenn Verhandlungen zur militärischen Sicherheit, zur Energiesicherheit, zur Migration, zu den Menschenrechten, zu Forschung und Wissenschaft usw. geführt werden. Einmütigkeit sei besonders gefordert beim Bestehen auf dem Recht der freien Partnerwahl, z. B. gegenüber der Ukraine und deren Anbindung an die EU oder die NATO. Ziel sollte ein Verhandlungsergebnis „Helsinki plus“ (nicht „Helsinki 2“) sein, will sagen, dass die Übereinkommen von Helsinki 1 implementiert und fortgeschrieben werden sollen.

## **Michael Webb: Gemeinsame Politik der Europäer gegenüber Russland gefordert**

Zwischen Europa und Russland gebe es viele Interdependenzen, besonders im Bereich der Energielieferung und anderer Rohstoffe. Die Entfremdung durch den Georgienkonflikt dürfe nicht auf Dauer die Beziehungen abbrechen. Die Russen bräuchten europäisches Geld, um ihre Bodenschätze in Sibirien z. B. technologisch zu erschließen.

Forschung und Innovation böten ein breites Feld für die Zusammenarbeit. Russland sollte auch in die Welthandelsorganisation aufgenommen werden. Es könne auch ein kooperativer Partner sein, z. B. auch beim Iranproblem. Denn auch Russland könne kein Interesse an einem atomar gerüsteten Iran haben, und ähnlich sei es auch mit Nordkorea, Pakistan und Afghanistan. Auf den Prozess der europäischen Integration aber dürfen die Europäer stolz sein. Nun müssten die Europäer aber auch

eine gemeinsame Politik schmieden und mit Russland neue Abkommen aushandeln, auch wenn im Augenblick die Basis dazu fehle. Ermutigend sei, dass Russland zum Beispiel schon bei der Piratenbekämpfung vor Somalia mit dem Westen zusammenarbeite, dass es auch die Proliferation von „weapons of mass destruction“ einzudämmen sucht. Nicht akzeptabel sei allerdings das russische Dominanzverhalten an seiner Südgrenze.

Webbs Fazit: Es gibt keinen Grund, das Verhältnis zu Russland zu dramatisieren. Beide Seiten haben ein Interesse aneinander. Darum werden wir auch zu für beide Seiten akzeptablen Lösungen kommen, ist sich Webb sicher. Unsere Antwort auf Medwedews Angebot zu neuen Verhandlungen sollte lauten: „Ja, aber...“, und hierin war sich Webb mit Wolfgang Ischinger einig.

## Lothar Rühl: Russlands Geschichte beginnt nicht mit dem Jahr 1990

Und: „Wir werden von zu vielen Amateuren regiert!“

Zu einem ähnlichen Thema sprach Professor Lothar Rühl, ehemals Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung und jetzt Publizist. „Russland als Faktor in den transatlantischen Beziehungen“ ließ thematische Überschneidungen mit den Ausführungen von Wolfgang Ischinger und Michael Webb erwarten, denn es musste zumindest ja dieselbe Faktenlage betrachtet werden. Rühl konnte seinem Thema aber doch neue, von den Vorrednern nicht erwähnte Aspekte abgewinnen.

Schon sein Ansatz zeigte, dass Rühl das Verhältnis des Westens zu Russland eher im Sinne einer Kontinuität in der Geschichte sieht. Es sei ein Irrtum zu glauben, dass die Weltgeschichte sich in sauber abgegrenzte und mit Jahreszahlen fixierbare Abschnitte einteilen lässt. „Es gibt kein Ende der Geschichte!“, sagte er und spielte damit womöglich auf den amerikanischen Kulturkritiker und Politikwissenschaftler Francis Fukuyama an, der mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums

glaubte, das Ende aller Geschichte annehmen zu können — mit dem Übergang der bestehenden Zustände in eine globale Demokratie und ein globales kapitalistisches Wirtschaftssystem. Auch Russland dürfen wir nicht ausschließlich vom Jahr 1990 aus betrachten, betonte Rühl. Damit meinte der Professor, dass Russland mit 1990 nicht einfach seine sowjetische Vergangenheit und Weltmachtposition vergessen hat, sondern sich vielmehr schmerzlich des Verlustes seiner einstigen Größe bewusst war — schmerzlich also der verloren gegangene Einfluss in den osteuropäischen Staaten des vormaligen Warschauer Pakts, der Verlust auch des Einflusses zunächst bei den südlichen Anrainern Ukraine und Georgien. „Der Untergang der Sowjetunion war die Katastrophe des 20. Jahrhunderts für Russland“, sagte Rühl, was vom russischen Standpunkt aus schlüssig sei. Für Gorbatschow hätten Boris Jelzin und Leonid Krawtschuk einen todeswürdigen Hochverrat begangen, als sie die Zertrümmerung des Sowjetimperiums förderten. Denn der russische Patriotismus vertrage sich nicht mit der Unabhängigkeit der Ukraine, diese sei histo-

risch gesehen russisches Kernland. Von Kiew aus habe sich Russland ausgebreitet [vgl. dazu die beigegefügte Dokumentation auf der nächsten Seite!]. In der späteren Diskussion im Anschluss an den Vortrag vertrat Rühl die Auffassung, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine vermutlich eine „deadline“ überschreiten würde.

Rühl fragte in seinen Ausführungen

war. Er nannte als positives Gegenbeispiel den Raketen-Doppelbeschluss der NATO vom Dezember 1979. Die Warnung an die damalige Sowjetunion wurde mit konkreten Gegenmaßnahmen begleitet.

Russland braucht auch nach Rühls Auffassung zum Westen ebenso wie umgekehrt der Westen zu Russland gute Beziehungen. Darum solle man nicht die Diffe-

renzen hervorheben, sondern die gemeinsamen Interessen. Wichtig für uns: Russland wird immer eine Schlüsselstellung nach Ost- und Südasien einnehmen.

Ähnliches gelte auch für die Türkei. Die Türkei sei „ein wesentliches Land“, nur verhalten wir in Europa uns oft so, als brauchten wir sie nicht. Dabei siedelten sich Krisenszenarien um das Land in Kleinasien an. Darum müsste es viel mehr in die europäische Sicherheitspolitik eingebunden werden. Schon beim Georgienkonflikt um die Jahreswende 2008-2009 hätte das geschehen müssen, meinte Rühl. Denn auch dieses Land habe eine historische



Professor Dr. Lothar Rühl bereitet sich auf seinen Vortrag vor. Neben ihm (rechts) Generalleutnant a.D. Edgar Trost

skeptisch, was eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine oder der NATO nützen würde. Schon Bill Clinton habe sie in Aussicht gestellt, George W. Bush habe sie gleich auf Georgien ausdehnen wollen, und zwar bis Anfang 2009. Das hätte zwar für die EU einige Vorteile gehabt, besonders was die Sicherheit der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline und der noch zu bauenden Nabucco-Pipeline betrifft. Aber die Politik der Europäischen Union dürfe nicht von der Peripherie, sprich: von der Ukraine oder Georgien her definiert werden, sondern vom europäischen Zentrum. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy sagte darum auch, dass, wer in einen Club eintreten wolle, müsse auch dessen Regeln kennen und befolgen. Die USA hatten Georgiens Staatspräsident Sakaschwili verbal unterstützt, statt mäßigend auf ihn einzuwirken. Über die politische Rhetorik hinaus aber unternahmen die USA und die Atlantische Allianz nichts, was man nach Auffassung von Rühl aber im Konfliktfall nie tun darf. „Wir werden von viel zu vielen Amateuren regiert“, führte Rühl einen Seitenhieb, der wohl besonders der vergangenen Bush-Administration zugeordnet

Beziehung zu Russland. Wenn man einen Konfrontationskurs gegen Russland fahren wolle (wie im Georgienkonflikt geschehen), müsse man sich der Unterstützung im Süden und Südwesten von Russland vergewissern. Das gelte auch für die westliche Politik gegenüber dem Iran: Ohne die Türkei, aber auch ohne Russland hat der Westen keine wirkungsvolle strategische Option. Man dürfe nicht vergessen, dass Russland im Iran wirtschaftliche Interessen habe (Aufbau der iranischen Atomanlagen, Waffenlieferungen).

Rühl sah durchaus Möglichkeiten für die klassische Diplomatie, um bei den Beziehungen zu Russland voranzukommen. Er erwähnte den START-Vertrag und fragte, wie dieser weitergeführt werden könne und welche Perspektiven dabei die Weiterentwicklung der Waffentechnik aufwürfen. Wenn hier keine Symmetrie gewahrt wird, gäbe es auch keine atomwaffenfreie Welt. Auch der Vertrag über die Reduktion von strategischen Offensivwaffen (SORT) müsste 2012 zu einer Verringerung der Atomwaffen weiter entwickelt werden. Daran würde Russland

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

ein Interesse haben, denn die Modernisierung seiner ca. 3000 atomaren Gefechtsköpfe samt zugehöriger Trägersysteme könne das Land nicht verkraften. Dazu müsste die Gesamtzahl auf etwa 1500 bis 1000 Gefechtsköpfe reduziert werden, was auch die Internationale Atombehörde als guten Kompromiss so sähe.

Problematisch bleibt es aber trotzdem, wenn 2010 die Verhandlungen beginnen und andere Mächte – Rühl nannte Israel, Nordkorea, Indien, Iran – sich an keinerlei Vereinbarungen gebunden fühlen. Können sie ungestraft UNO-Sanktionen unterlaufen? Militärische „Gegenproliferation“ mit schwer kalkulierbaren Risiken sei wahrscheinlich nicht aufzuhalten, zumindest solange die klassischen Atommächte keine eindeutige Abrüstung vornehmen. Auch Israel müsste eingebunden werden, denn die arabischen Staaten würden auf Dauer eine Atommacht Israel nicht akzeptieren. Dieses Land könne schon jetzt mit seinen Fernwaffen einen Durchmesser vom Persischen Golf bis Gibraltar bestreichen.

In diesem Zusammenhang fragte Rühl auch, welche Staatsräson für uns darin liegt, Israel bedingungslos zu unterstützen. Er warnte, dass ein atomarer Krieg im Nahen Osten durchaus eine reale Möglichkeit bleibt, auch wenn sie zur Zeit wenig wahrscheinlich sei. Was aber, wenn für Israel die „red line“ überschritten ist? Rühl dachte vermutlich an das iranische Atomprogramm. Bei der von uns angestrebten ausgewogenen Nahost-Politik hätten wir wenig Einfluss auf Mäßigung.

Amerikanische Diplomaten halten die Erweiterung der NATO für unumgänglich, was von deutschen Politikern verharmlosend als „Öffnung“ bezeichnet wird. Aber auch bei einer „Öffnung“ müssten dann bindende Regeln des NATO-Vertrags eingehalten werden, wenn der Bündnisfall eintritt.

Rühl meinte dabei offenbar die Ausdehnung des NATO-Gebiets um 1000 Kilometer nach Osten und die Reduktion des russischen Einflussgebiets um 600 Kilometer. Russland hatte

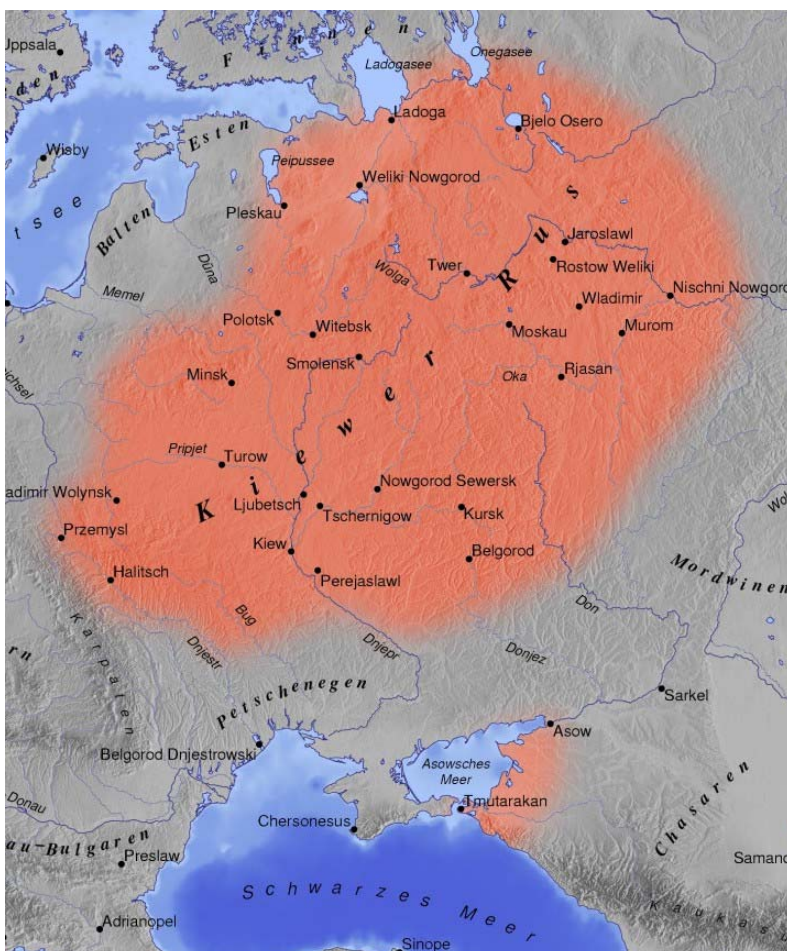
dadurch die Herrschaft über das Schwarze Meer und die Ostsee verloren, wegen der übrigen geografischen und geopolitischen Gegebenheiten im Nordpolarmeer und im Osten an der Pazifikküste sieht sich Russland heute in einer geostrategisch ungünstigen Lage. Das müsse kein Dauerzustand bleiben, sagte Rühl und wies auf das Flottenbauprogramm Putins hin. Gerade auch im hohen Norden sei ein neues Konfliktpotenzial entstanden wegen der vermuteten Rohstoffe im

Nordpolarmeer. Die globale Klimaerwärmung mag auch dazu führen, dass sich für Russland in Sibirien und anderswo neue landwirtschaftliche Möglichkeiten ergeben.

Rühl leitete daraus ab, dass es eben immer wieder neue Weltzustände geben wird, die man in ihrem Zusammenhang sehen muss und die in die Politik Russland gegenüber eingebracht werden müssen – zusammen mit, wie Rühl sagte, „wohl abgemessenen Pressionen“.



Ulrich Bucher beim Empfang der Stadt Nürnberg im Gespräch mit Professor Lothar Rühl



## Dokumentation

**Rus** (ostslawisch Русь (feminin), griechisch Rossia, lateinisch Ruthenia) ist eine historische Bezeichnung für ein Gebiet in Osteuropa, auf dem die Ostslawen beheimatet sind. Der Name leitet sich vom Volk der Rus ab, welches vermutlich normannischer Abstammung war und in der zweiten Hälfte des ersten Jahrtausends nach Christus die Flüsse dieser Region (altnordisch Gardarike) befuhr. Der Name wird heute überwiegend aus dem nordischen „roðr“ = „Rudern, Rudermannschaft“ hergeleitet.(...) Der erste Staat auf diesem Gebiet war die Kiewer Rus, die im 11. Jahrhundert ihre Blütezeit erlebte. In der modernen russischen Sprache wird das Wort Русь auch als Synonym für Russland verwendet, wobei es die Ukraine und Weißrussland ebenfalls einbezieht.

(Quelle von Text und Karte: Wikipedia, Stichwort „Rus“; die Karte wird als Ausschnitt wiedergegeben.)

In einem Vortrag von Professor Sergej Antjuschin von der Akademie der Rechtswissenschaften, Moskau, gehalten am 16. Juli 2009 in Bad Kissingen, sagte dieser zum Verhältnis Russland-Ukraine, dass für ihn gefühlsmäßig Russland, Weißrussland und die Ukraine eine zusammengehörige Einheit seien. Wie er mögen viele Russen fühlen und denken.

(frr)

## Michail Kasjanow: Wenig Hoffnung auf eine demokratische Erneuerung in Russland

Den vielleicht mit am meisten Spannung erwarteten Vortrag hielt in fließendem Englisch der ehemalige russische Premierminister Michail Kasjanow. Kasjanow in seiner kultivierten Art entsprach in keiner Weise dem einst oft kolportierten Zerrbild eines polternden sowjetrussischen Politikers aus der Chruschtschow- und Breschnew-Zeit. Von 2000 bis 2004 war Kasjanow in der Spitze der russischen Regierung, wurde dann aber von Putin mitsamt seinem Kabinett wegen zu großer Liberalität entlassen. Seither ist der ehemalige Ingenieur einer der bekanntesten Oppositionspolitiker in Russland, der auch eine liberaldemokratische Partei gegründet hat. Dieser wird allerdings von den herrschenden Kräften ein Hindernis nach dem anderen in den Weg gelegt. So wurde z. B. seine Präsidentschaftskandidatur durch die Unterstellung verhindert, dass zu viele der Unterschriften zu seiner Unterstützung fehlerhaft gewesen seien.

Kasjanows Thema lautete „Die Sicherheitsinteressen Russlands gegenüber EU, NATO und den früheren Sowjetrepubliken“. Es war allerdings fraglich, ob er den Kern seines Themas wirklich herausgeschält hat. Denn er befasste sich mehr mit den internen Verhältnissen in seinem Vaterland (das aber fast bestürzend kritisch), mehr als mit dessen Beziehungen zur Welt außen. Einleitend stellte er drei Fragen: Was ist das russische nationale Interesse? In welchem Verhältnis stehen Ideal und Wirklichkeit? Und wie ist die westliche Reaktion, um die Realität in Russland zu verändern?

Russland sei sehr an tragfähigen wirtschaftlichen und politischen Fortschritten interessiert, beantwortete der Premierminister a.D. die erste Frage. Zu den russischen Interessen gehören offenbar auch die militärischen Interventionen im Ausland. Nationale Integrität erkenne Russland nicht an, was zu Ängsten vor diesem Land geführt und es zu einer Quelle der Instabilität gemacht habe. Das habe die Beziehungen zur NATO jetzt beeinträchtigt, denn die Positionen Russlands seien nicht konform mit denen des Nordatlantischen Bündnisses. Die Zusammenarbeit seit 2003 habe nicht sehr weit geführt, weil Russland in Fällen von Kontroversen nichts zur Lösung beigetragen habe. So setze sich auch die gefährliche Konfliktlage mit Georgien fort.



*Kasjanow wartet auf seinen Einsatz als Redner.*

Dahinter stünde ein Gefühl der Unsicherheit, das das Land dazu treibe, die Unsicherheit nach außen zu tragen. Kasjanow beklagte, dass Russland so oft gegen logische Überlegungen verstoße und sieht die Ursache dafür

darin, dass die Verfassung des Landes versage. In den vergangenen vier Jahren seien demokratische Institutionen geschwächt und statt dessen ein zunehmend autoritäres Regime eingeführt worden. Es sei evident, dass die demokratischen Maßstäbe weit entfernt von befriedigend sind, und es sei auch sehr schwer vorstellbar, dass sie wieder zurechtgerückt werden könnten. Russland suche Stärke in der Konfrontation mit dem Ausland, nämlich in Georgien und der Ukraine. Der Öl- und Gas-Boom sowie einige diplomatische Erfolge hätten dazu geführt, dass das Regime innerhalb des Landes gefestigter sei. Eine verantwortungsbewusste Politik werde aber ungewiss sein oder gar nur eine Illusion.

Die wahren Interessen des Landes hätte das Regime um Medwedew und Putin nicht im Sinn. Die staatlichen Mittel würden für Dinge eingesetzt, die nicht nachhaltig und weittragend sind, so etwa für Propaganda und den Geheim-



*Michail Kasjanow war vom Mai 1999 bis 2000 russischer Finanzminister, vom Mai 2000 bis Februar 2004 Premierminister von Russland. Von Putin wegen zu großer Liberalität entlassen, gründete er im Juni 2007 die oppositionelle Partei „Das Volk für Demokratie und Gerechtigkeit“.*

dienst statt für Wirtschaftsförderung, Infrastruktur und Wissenschaft. Auch die Strukturen von Gazprom seien undurchsichtig. Und statt die Provinzgouverneure demokratisch wählen zu lassen, werden diese von Moskau ernannt. Kasjanow fordert darum eine wirkliche Demokratisierung in Russland mit einer raschen Restauration der Menschenrechte.

Auch das sei aber eine nicht sehr wahrscheinliche Option. Statt dessen sähe man eine Politik der Unterdrückung und der Propaganda eines autokratischen Systems. Dies sei auch für andere Nationen gefährlich. Nur mit einer gemeinsamen Anstrengung, und damit meinte Kasjanow wohl auch das westliche und besonders das europäische Ausland, könne Russland modernisiert und könnten offensichtliche Fehlentwicklungen repariert werden. Den USA warf der Redner vor, dass sie Fehler gemacht hätten, die es der russischen Regierung erleichterten, ihre falsche Politik zu verfolgen. Nach dem Georgienkonflikt aber sei ein Wechsel notwendig, und zwar auf der Grundlage von demokratischen und humanen Werten. Die russischen Bürger seien an einer Öffnung und weniger Autokratie interessiert. Aber das, was der Westen als Realpolitik ansieht, ordnet Wertvorstellungen unter materielle Interessen, und die russische Führung habe sehr wohl verstanden, dass aus dem Westen keine echte Kritik kam und fühlte sich dadurch ermutigt. Die von Obama ausgesandten Signale lassen die Tendenz erkennen, dass dieselben Fehler wieder gemacht werden. Die westliche Politik sollte sich vielmehr entschlossen auf die Seite der russischen Zivilgesellschaft schlagen und die Einhaltung von Menschenrechten und von demokratischen Spielregeln einfordern, andernfalls würde das zu tiefgreifenden Konsequenzen führen. Die Furcht vor dem Krieg habe uns zu lange begleitet. Russland müsse liberal werden, und wir könnten es uns nicht leisten, noch lange zuzuwarten.



Einen ganz anders gearteten Aspekt der Ost-Westbeziehungen beleuchtete der Vortrag von Professor **Heiner Flassbeck** (s. Bild) von der UNCTAD der Vereinten Nationen mit dem Thema „Die internationale Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf das West-Ost-Verhältnis“. Flassbeck sprach eine sehr deutliche und kritische Sprache bei seiner Darstellung der Zusammenhänge, die zur globalen Finanzkrise geführt haben. Einleitend bedauerte er, dass der Zusammenhang zwischen Finanzarchitektur bzw. Wirtschaftsfragen einerseits und Sicherheitsarchitektur andererseits von der Politik oft zu wenig erkannt wird. Wichtig sei, wie die etablierten Mächte künftig konstruktiv zusammenarbeiten wollen. Für Russland sei die gegenwärtige Krise ein großer Schock gewesen, was für den Westen einen Handlungskorridor („window of opportunity“) eröffnet.

Die Krise betreffe alle Länder, und in ihrem Zentrum stehe die Währungsspekulation. Das sei schon ein paar Mal der Fall gewesen, in Asien z. B., in Lateinamerika, auch in Russland. Das war alles nicht unmittelbar fatal, aber man hat nichts daraus gelernt. Neu ist die Kumulation von verschiedenen Krisen, so der amerikanischen Eigenheimkrise, der Rohstoffkrise mit einer Verdoppelung des Ölpreises in nur drei Monaten und der Krise durch die Finanzspekulation.

Der fundamentale Fehler sei das seit 30 Jahren herrschende monetäre Chaos, z. B. im Verhältnis der festen gegenüber den freien Wechselkursen. Die Finanzmärkte hatten mit Begeisterung ihre Gelder u.a. in den osteuropäischen Ländern angelegt, was zu einer dramatischen Aufwertung des Rubel und anderer osteuropäischer Währungen führte. Das sei aber nicht Ausdruck

## Heiner Flassbeck: Seit 30 Jahren herrscht das monetäre Chaos – Russland und die Welt-Finanzkrise

des Vertrauens in diese Währungen gewesen, sondern schlicht Spekulation: Umtausch einer Währung in eine andere Währung, die eine höhere Rendite versprach. Das war alles sehr kurzlebig, und das nach Osteuropa strömende Kapital war auch nicht nutzbar, sondern, wie Flassbeck sagte, „Einkommenstransfer in die falsche Richtung“.

Der produzierenden Industrie wurde damit der Boden unter den Füßen weggezogen. Und der Auslöser für den Zusammenbruch war diesmal die Grundstücks- und Häuserkrise in den USA. Folge: Die Währungen sackten in den Keller. Das führte zu immenser Verschuldung gegenüber dem Ausland, und selbst 600 Milliarden Dollarreserven konnten Russland nicht entscheidend helfen.

Der Internationale Währungsfond (IWF) musste also einschreiten. Dieser schreibt den betroffenen Ländern vor, wie sie ihre Wirtschaftspolitik zu gestalten haben, nämlich als das genaue Gegenteil von dem, was die westlichen Länder machen. Der Zweck sei, die Finanzmärkte davon zu überzeugen, dass man der jeweiligen Landeswährung wieder vertrauen kann. Flassbeck fand das paradox: Erst machten die Länder des IWF durch falsche Vorgaben diese Währungen kaputt, dann soll durch die genau gegenteilige Politik das Vertrauen wieder hergestellt werden. Die Folge sei gewesen, dass der IWF durch diese Politik dazu beigetragen hat, linkslastige Regierungen hervorzubringen.

Notwendig wäre es, „eine Bodenbildung herzustellen“. Was aber, wenn dies nicht gelingt? Was, fragte Flassbeck, wenn die privaten Einkommen schrumpfen, wenn eine Deflation eintritt? Die Folgen wären dramatisch, und unsere Politik habe das noch nicht einmal im Ansatz kapiert. Nötig wäre ein ernsthaftes Angebot zu internationaler Zusammenarbeit, so dass die betroffenen Länder wirklich ihre Währungen stabilisieren könnten.

Und das ginge nach Flassbecks Meinung sogar ohne großen Aufwand. Und wenn nicht jetzt, wann denn dann? Doch Flassbeck ist nicht sehr optimistisch, dass dies in Angriff genommen wird. Die richtigen Weichen seien noch nicht gestellt worden, ein Angebot etwa, wie es in der EU mit dem Euro gemacht worden war. Einen Finance Stability Board hielt der Professor für sinnlos. Besser wäre es, wenn, dem Vorschlag von Russland und China folgend, die Abhängigkeit vom Dollar aufgehoben werden würde. Ein solcher Vorschlag wurde „abgebürstet“, aber er sei notwendig, wenn zwischen den Nationen ein ausgeglichenes Geben und Nehmen stattfinden soll.

Alle Länder müssten darin eingebunden sein, entsprechende Zeichen müssten gesetzt werden, aber es geschehe nichts, auch nicht von deutscher Seite. Schließlich wolle Deutschland eine Export-Überschuss-Nation bleiben, und das zwingt andere Nationen zu Handelsdefiziten und Schulden. Eigentlich müsste der Exportweltmeister zugleich auch ein Importweltmeister sein. „Der Wettkampf der Nationen ist eine der dümmsten Ideen, die je geboren wurden“, kritisierte Flassbeck. Wettbewerb unter Betrieben und Firmen sei in Ordnung, aber auf ganze Nationen ließe sich das nicht übertragen. Denn defizitäre Völker müssten dann mit unserem Geld ausgestattet werden, damit sie unsere Waren kaufen können. Auch Deutschland hat durch seine Wirtschaftspolitik bei anderen Ländern Schulden hervorgerufen. Wir prosperierten auf Pump von anderen Ländern, fasste der Redner seinen Vortrag zusammen. Notwendig aber seien symmetrische Verhältnisse zwischen den Handel treibenden Nationen.

## Hinweise zu den Referenten (Quelle: Auszüge aus dem Handout des Veranstalters)

### Dr. Wolfgang Schüssel:

Geb. 1945 in Wien; Promotion 1968; Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten 1989; Bundesparteiobmann der ÖVP 1995; Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten und Vizekanzler 1995; Bundeskanzler der Republik Österreich 2000; Abgeordneter zum Nationalrat, außenpolitischer Sprecher der ÖVP 2008; Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen 2009

### Wolfgang Ischinger:

Geb. 06. 04. 1946 in Beuren; Studium der Rechtswissenschaften bis 1973; Mitglied im Kabinett des VN-Generalsekretärs 1973-75; Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1998-2001; versch. Tätigkeiten im Auswärtigen Amt bis 1990; Gesandter an der dt. Botschaft in Paris 1990-93; Staatssekretär im auswärtigen Amt 1998; Botschafter der BRD in London 2006-08; Vertreter der Europäischen Union bei den Verhandlungen um das Kosovo 2007; Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz seit Mai 2008

### Stefan Kornelius:

Geb. 1965 in Weinheim; Abitur 1985; Wehrdienst 1985-86; Ausbildung zum Journalisten 1986-88; Studium politische Wissenschaften 1988-90; BBC World Service 1990-91; Master of Science an der London School of Economics 1990-91; Arbeit für die Süddeutsche Zeitung als Korrespondent, Büroleiter und zuletzt als Ressortleiter Außenpolitik seit 1991

### Michael Webb:

Britischer Staatsbürger; Studium in Cambridge; diplomatischer Dienst in Polen, Chile und bei der Europäischen Kommission ab 1970; Mitglied der Europäischen Kommission (Landwirtschafts- u. Entwicklungspolitik) 1989 und Außenpolitik 1993; Deputy Head of Unit in der European Commission sowie Generaldirektor für Außenbeziehungen und Beziehungen zu Russland seit 2005

### Prof. Dr. Lothar Rühl:

Studium Rechts- u. Staatswissenschaften in Bonn und Paris; Parlamentarischer Pressekorrespondent Berlin 1949-53; internationaler Korrespondent für Frankreich, Nordafrika, den Nahen Osten für deutsche Radios und Zeitungen von 1954-68; stellv. Chefredakteur der „Welt“ 1969-73; ZDF-Korrespondent in Brüssel; stellv. Regierungssprecher 1981; Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung 1982-89; Habilitation an der Universität Köln 1986; Mitglied bei wichtigen Organisationen; Veröffentlichung von zahlreichen wichtigen Büchern

### Michail Kasjanow:

Geb. 1957 bei Moskau; Techniker u. Ingenieur Ende der 1970er; Kfz-Techniker an der Moskauer Techn. Hochschule 1983; Staatliche Außenwirtschaftsbehörde 1990; stellv. Finanzminister 1995-99; russischer Finanzminister Mai 1999; Premierminister von Russland Mai 2000 – Februar 2004; nach Kritik an der Politik

der russischen Staatsmacht Entlassung als Premierminister samt seines Kabinetts; öffentliche Kritik an Putin 2005; Vorsitz in der liberalen Volksdemokratischen Union und Eintritt in „Das andere Russland“ 2006; knapp einer Verhaftung entkommen im Frühjahr 2007; Gründung der Partei „Das Volk für Demokratie und Gerechtigkeit“; keine Zulassung zur Präsidentschaftswahl als Präsidentschaftskandidat Januar 2008, da 13,38 % der Unterstützungsschriften fehlerhaft seien.

### Dr. Heiner Flassbeck:

Geb. 1950 in Birkenfeld; Abitur 1969; Wehrdienst 1969-71; Studium Volkswirtschaft 1971-76; Mitarbeiter im Stab des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1976-80; Arbeit im Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn, 1980-86; wissenschaftliche Arbeiten beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 1986-90; Promotion an der FU Berlin 1987; Lehrauftrag an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin 196-88; Arbeit im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung 1990-98; Staatssekretär im Finanzministerium Bonn 1998-99; freier Wirtschaftsforscher u. Publizist 1999-2000; Senior Economist bei UNCTAD 2000-02; leitende Funktion bei UNCTAD seit Jan. 2003; Director, Division on Globalization and Development Strategies (UNCTAD) seit Aug. 2003; Honorarprof. An der Hamburger Uni. für Wirtschaft u. Politik März 2005

## Impressionen aus Nürnberg

Links oben: Das Heilig-Geist-Spital an der Pegnitz

Links unten: Der Schöne Brunnen und die Frauenkirche

Unten Mitte: Berühmter Sohn der Stadt Nürnberg: Meistersinger Hans Sachs

Unten rechts: Heidi und Ulrich Bucher drehen gemeinsam das geheimnisvolle Messingrädchen im Gitterwerk des Schönen Brunnens. Was sie sich wohl wünschten?





Mehr Sicherheit oder mehr Freiheit ist keine Alternative. Wir brauchen mehr Sicherheit für die Freiheit! Dazu wollen wir in Europa und in der Welt einen unseren Interessen entsprechenden Beitrag leisten.

Sie sind herzlich eingeladen, daran mitzuwirken!

Ihr

Christian Schmidt, MdB  
Landesvorsitzender des Arbeitskreises  
Außen- und Sicherheitspolitik der CSU

### Wer wir sind:

Der Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU ist das Forum der Diskussion für alle an der Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik interessierten Bürger.

Der Arbeitskreis gliedert sich in den Landesverband und in die Bezirks- und Kreisverbände.

### Was wir bieten:

Der Arbeitskreis organisiert Kongresse, Fachgespräche und Expertenvorträge zu verschiedenen Themen der internationalen Politik.

Der Arbeitskreis bietet die Möglichkeit zur themenbezogenen Mitarbeit in seinen Fachausschüssen:

- Außenpolitik
- Sicherheitspolitik und Bundeswehr
- Europapolitik
- Entwicklungspolitik

### Was wir wollen:

Der Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik der CSU versteht sich als Impulsgeber und Sprachrohr der CSU in allen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik.

Der Arbeitskreis wirkt an der politischen Meinungs- und Willensbildung in der CSU und in der Öffentlichkeit maßgeblich mit.

Der Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik setzt sich ein für eine freiheitliche und wehrhafte Demokratie und ein starkes Europa in einer gerechten Weltordnung.

Der Arbeitskreis tritt besonders für die Anliegen der Bundeswehr ein und setzt damit die Arbeit des früheren Wehrpolitischen Arbeitskreises fort.

**Vielleicht hat diese ASP-Kurierausgabe Ihnen Mut gemacht, dem Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreis beizutreten?**

Dafür können Sie diesen Vordruck benutzen.

**Ja, ich mache mit!**



Antrag auf Mitgliedschaft

Ich erkenne die Geschäftsordnung des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Grundsätze und die Satzung der CSU an. Ich gehöre keiner anderen Partei an. Ich beantrage hiermit die Aufnahme in den Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik.

Adresse (melderechtlicher Hauptwohnsitz)

Name, Vorname, Titel

Beruf

Ortsteil, Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Geburtsdatum

weiblich

männlich

Staatsangehörigkeit

Telefon

E-Mail

Meine Angaben werden vom Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik, der CSU oder deren Beauftragten nur zum Zwecke der Parteilarbeit gespeichert und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen verwendet.

Datum

Unterschrift

### Einzugsermächtigung für den Jahresbeitrag

Der Jahresbeitrag beträgt nach der Geschäftsordnung derzeit € 5,- im Jahr für CSU-Mitglieder, € 20,- im Jahr für Nicht-CSU-Mitglieder (Stand: 01/2002).

Ich bin damit einverstanden, dass der jeweils gültige Jahresbeitrag bei Fälligkeit von meinem Konto abgebucht wird:

Konto-Nr.

Bank/Sparkasse

in

BLZ

Diese Erklärung gilt bis auf weiteres. Ein jederzeit möglicher Widerruf erfolgt schriftlich.

Datum

Unterschrift

**Schicken Sie Ihre Beitrittserklärung an den**

**Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik**

Franz-Josef-Strauß-Haus

Nymphenburger Straße 64

80335 München

Telefon 089/1243-249

Telefax 089/1243-307

**... oder an die E-Mail-Adresse**

**asp@csu-bayern.de**

**Homepage: <http://www.csu.de/arbeitskreis/asp>**